

# Strafgesetzbuch: StGB

Fischer

73. Auflage 2026  
ISBN 978-3-406-83926-9  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Die Unterscheidung ist schon deshalb zw., weil deskriptive Begriffe schon durch die Einstellung in den Gesetzestext normative Gestalt annehmen. Das **Gesetz** geht davon aus, dass auch **rein normativen Wertungsergebnissen**, sofern sie eine „soziale Wirklichkeit“ entfalten, dh in der Vorstellung und im Handeln der Menschen tatsächliche Bedeutung erlangen, der Charakter **objektiver Gegebenheiten** zukommt (vgl. **zB** „öffentlicher Friede“ (§ 126); „Menschenwürde“ (§ 130)), auf welche sich der Vorsatz eines Täters beziehen kann (vgl. auch → Rn. 26).

Zu den tatsächlichen Gegebenheiten, die vom Vorsatz umfasst sein müssen, gehören regelmäßig das **Objekt der Rechtsgutsverletzung** (zB „fremde Sache“ in § 242) o. die **Person des Verletzten (error in obiecto oder in persona)**; krit. zur normativen Anknüpfung an diesen „Figuren“ Freund FS Maiwald, 2010, 211 (229 ff.); wie weit diese in der Vorstellung des Täters konkretisiert sein müssen, ist iE str. Wenn der Täter O töten will, versehentlich aber den D tötet, weil er ihn für O hielt (vgl. schon PrObTr GA 7, 332 (*Fall Rose-Rosahl*)), so ist Tötungsvorsatz gegeben, weil der Täter denjenigen Menschen getötet hat, den er vor sich sah und töten wollte (BGHSt 11, 268 (270); 37, 214 (218) (Anm. Puppe NStZ 1991, 124; Roxin JZ 1991, 680; Weßlau ZStW 104, 105); BGH BeckRS 2010, 22843 (zu § 239a); NStZ 2012, 272). Ein unbeachtl. error in persona ist auch gegeben, wenn der Täter das Opfer zB durch ein zur Sprengfalle umfunktionsiertes Fahrzeug ledigl. mittelbar individualisiert hat und es bei „Distanzdelikten“ nicht in der Hand behält, welche konkrete Person getroffen wird (BGH NStZ 1998, 294 (Bespr. Herzberg NStZ 1999, 217; krit. zur Abgrenzung von BGHSt 43, 177 Herzberg NStZ 1999, 217 (221)); BeckRS 2025, 20223 Rn. 7;). Anders liegt der Fall, wenn das vorgestellte Objekt (zB Mensch) und das verletzte (zB Schaufensterpuppe) nicht gleichwertig sind; idF ist (untauglicher) Versuch gegeben. Für einen **Mittäter** (BGH NStZ 2019, 511) o. **Anstifter** in Grenzen des Vorhersehbaren (→ § 26 Rn. 14a) ist ein error in persona oder in obiecto des Handelnden unbeachtlich.

Anders liegt auch der Fall der sog. **aberratio ictus**: A will den B töten, tötet aber durch versehentliches Vorbeischießen den C. Dies ist versuchter Mord in Tateinheit mit fahrlässiger Tötung (vgl. schon RGSt 58, 28; BGHSt 34, 53 (55); aA Puppe GA 1981, 1 u. JZ 1989, 731 (dagegen Hettinger GA 1990, 531); Schroth (→ Rn. 1a), 1998, 106; offen gelassen von BGHSt 9, 240 (242); vgl. dazu auch Hillenkamp, Die Bedeutung von Vorsatzkonkretisierungen bei abweichendem Kausalverlauf, 1972; Weßlau ZStW 104, 111; Rath, Zur rechtl. Behandlung der aberratio ictus und des error in obiecto des Täters, 1993; Weßlau, Zur Unerheblichkeit des error in persona vel in obiecto, 1996; Gropp FS Lencker, 1997, 55). Falls der vorsätzliche Schuss auf B durch Notwehr gerechtfertigt ist, kommt in Bezug auf den tatsächlich getroffenen C immer noch eine Fahrlässigkeitstat in Betracht (RGSt 58, 27). Unzweifelhaft ist Vorsatz gegeben, wenn der Täter die Verletzung eines beliebigen von mehreren gleichwertigen Rechtsgütern will oder in Kauf nimmt (NStZ 2009, 210 (Anm. Puppe HRRS 2009, 91); vgl. Hettinger GA 1990, 538 (553)).

**II. Tatbestandsmerkmale unechten Unterlassens.** Für unechte Unterlassungsdelikte hat der GrSen (BGHSt 16, 155) entschieden, dass nur die Umstände, welche die Rechtspflicht begründen (Garantenstellung), zum Tatbestand gehören, nicht die daraus erwachsende Rechtspflicht (Garantenpflicht), so dass nur der Irrtum über jene den Vorsatz ausschließt, der Irrtum über diese aber Gebotsirrtum (BGHSt 19, 295) bzw. Verbotsirrtum (§ 17) ist (vgl. → § 17 Rn. 10). Auch die Umstände, aus denen sich die Zumutbarkeit der Erfolgsabwendung ergibt, gehören zum Tatbestand (vgl. → § 13 Rn. 87 f.). Bei den **echten Unterlassungsdelikten** ist die Rechtspflicht als solche kein Tatbestandsmerkmal (BGHSt 19, 295; 46, 373). Zum Vorsatz des Unterlassungsdelikts gehört die Kenntnis der **Möglichkeit** pflichtgemäßen Handelns (BGHSt 46, 373), nicht aber die der **Sicherheit** der Erfolgsverhinderung (BGH NStZ 2023, 153; zwischenzeitlich anders (aufgegeben) BGHSt 62, 223; vgl. → § 22 Rn. 31a).

**III. Subjektive Tatbestandsmerkmale.** Subjektive Tatbestandselemente sind **11** vom Vorsatz zu unterscheiden, weil sie keine Entsprechung in äußeren Merkmalen

haben; so insbes. die **Motivationen** (zB § 33: Verwirrung usw; § 283a Nr. 1: Gewinnsucht; § 211: Mordlust, Habgier, niedrige Beweggründe), die man heute zu den sog. Gesinnungsmerkmalen rechnet, bei denen es str. ist, ob sie Unrechts- (so BGHSt 1, 368 (370)) oder Schulselemente darstellen (vgl. Otto JURA 1994, 143; dazu Kelker, Zur Legitimität von Gesinnungsmerkmalen im Strafrecht, 2007); weiterhin die über den Tatbestand hinausreichenden **Absichten** (zB Bereicherungsabsicht beim Betrug; Delikte mit sog. überschießender Innentendenz; Gewerbsmäßigkeit). In beiden Fällen kann die eigene Beurteilung des Täters höchstens zu einem Subsumtionsirrtum führen.

- 12 **IV. Täterbewertungsmerkmale.** Keine Tatbestandsmerkmale sind Täterbewertungsmerkmale. Hierzu gehört vor allem die **Schuldfähigkeit**: Es nützt dem gesunden Täter nichts, wenn er sich für schuldunfähig hält, und es schadet dem Schuldunfähigen nicht, wenn er sich für geistig gesund hält. Auch für die Feststellung des Vorsatzes kommt es auf Gesichtspunkte der Schuldfähigkeit (insbes. Einsichtsfähigkeit) nur mittelbar an (vgl. BGH BeckRS 2003, 7979). Dasselbe gilt für **Gesinnungsbewertungen** (Roxin StrafR AT I § 10 Rn. 78; NK-StGB/Puppe Rn. 58) wie zB „böswillig“ (§ 90a Abs. 1 Nr. 1); „grausam“; „Niedrigkeit“ der Beweggründe (§ 211 Abs. 2); „roh“ (§ 225); „rücksichtslos“ (§ 315c Abs. 1 Nr. 2). In welchem Umfang sich der Täter der Umstände bewusst sein muss, die das Bewertungsurteil tragen, ist je nach Tatbestand unterschiedl. zu beantworten; die Bewertung selbst braucht er nicht mitzuvollziehen. Das gilt auch für Merkmale wie **Gewohnheitsmäßigkeit** (BGHSt 15, 377) oder für die Beurteilung des Täters als **Rädelführer** oder **Hintermann** (§§ 84; 85; 88; 129a Abs. 4).
- 13 **V. Kausalverlauf.** Vom Vorsatz umfasst sein muss auch **der Kausalverlauf** (vgl. BGHSt 38, 32 (34); 48, 34 (37); NJW 2011, 2065 (2066); str.). Da dieser sich nie in allen Einzelheiten voraussehen lässt, reicht es aus, wenn die Vorstellungen des Täters dem tatsächlichen Geschehensablauf **im Wesentlichen** entsprechen; bei erheblichen **Abweichungen** ist Versuch gegeben (BGHSt 1, 278 (279); 7, 325 (329); 38, 32 (34); NJW 1989, 176; NStZ 1992, 333; 2001, 29 (30); 2023, 406).
- 14 Die Zurechnung als **vollendete Vorsatztat** ist nach Rspr. und hM möglich, wenn trotz Abweichung eine Handlung den gewollten oder gebilligten Erfolg *in adäquater Weise* erreicht (**zB** wenn ein geplanter Schuss sich vorzeitig löst; wenn Schüsse fehlgehen, der Tod aber durch einen durch sie herbeigeführten Treppensturz verursacht wird (BGH BeckRS 1981, 5197); wenn Hausbewohner bei einer Explosion nicht durch herumfliegende Gesteinsbrocken, sondern durch den Einsturz des gesamten Hauses ums Leben kommen (BGH NStZ 2007, 700; Bespr. Puppe GA 2008, 569 (573)); wenn ein gegen eine Person gezielter Tritt eine daneben stehende Sache trifft, durch deren Umfallen dann die Person verletzt wird (OLG Hamm NStZ-RR 2014, 109); wenn ein anderer als das avisierte Opfer einen abgelegten Brandsatz anhebt (BGH BeckRS 2025, 20223 Rn. 8)). Umgekehrt ist eine Zurechnung als Vorsatztat nicht möglich, wenn die Abweichung „sich nicht mehr in den Grenzen des nach allgemeiner Lebenserfahrung Voraussehbaren hält“ (stRspr; etwa BGH NStZ 2023, 406).
- 15 Wenn ein Erfolg abw. vom Tatplan schon durch eine **früher liegende Handlung** verwirklicht wird, ist eine Zurechnung als Vorsatztat nur dann möglich, wenn schon die frühere Handlung vom Vorsatz der Erfolgsherbeiführung getragen war (vgl. BGH NStZ 2002, 475; 2009, 266 (266 f.); vgl. dazu Sowada JURA 2004, 814). Das setzt voraus, dass die frühere Handlung sich (jedenfalls) als Überschreitung der Schwelle zum (unbeendeten) Versuch darstellt (BGH NStZ 2002, 309 (keine vollendete Tötung, wenn ein Tatopfer erst später nach mehreren Zwischenschritten getötet werden soll, jedoch schon auf Grund der Vorbereitungshandlungen verstorbt); zust. Roxin GA 2003, 257 ff.; **aA** (beendeter Versuch erforderlich) Wolter FS Leferez, 1983, 562 ff.; Frisch, Tatbestandliches Verhalten und Zurechnung des Erfolgs, 1988, S. 623; Schlehofer (→ Rn. 1a), S. 19; Schroth (→ Rn. 1a), S. 98; Küper ZStW 112 (2000), 35 f. mwN).

Zur Anwendung dieser Grundsätze auf Fälle nachträglich eintretender **Schuldunfähigkeit** vgl. → § 20 Rn. 48. Sie gelten auch dann, wenn ein tatbestandsmäßiger Erfolg durch eine (vorsätzliche oder fahrlässige) **weitere Handlung** einer anderen Person (eines Dritten oder des Tatopfers selbst) unmittelbar verursacht wird, die an die vorsätzliche Handlung des Täters anknüpft (vgl. etwa BGH NStZ 2001, 29 (30) (*Pflegekinder-Fall*); dazu Jäger FS Schroeder, 2006, 241 (246 ff.)). Wenn eine zum Tötungserfolg führende Handlung nur mit Körperverletzungsvorsatz ausgeführt wurde und der Täter dann in Verkennung des Erfolgsintritts zum Tötungsvorsatz übergeht, ist idR nur wegen Körperverletzung mit Todesfolge in Tatmehrheit mit versuchtem Tötungsdelikt zu bestrafen (BGH NStZ-RR 1999, 101; NStZ 2009, 266 (267); 2010, 699); anders ist es bei zäsurlosem Übergang.

Der **umgekehrte Fall**, dass der Täter den (bedingt oder direkt vorsätzlich) gewollten Erfolg irrtümlich schon erreicht zu haben glaubt, ihn aber tatsächlich erst durch eine spätere, ihrerseits *fahrlässige* Handlung erreicht, wurde früher als sog. *dolus generalis* diskutiert; er ist als **Irrtum über den Kausalverlauf** zu behandeln (BGHSt 14, 193 (*Jauchegrubenfall*); vgl. dazu u. a. Wolter ZStW 89, 652 u. GA 1991, 543; Roxin FS Württenberger, 1977, 109; Jäger FS Schroeder, 2006, 241 ff.; Prittitz GA 1983, 115; Driendl GA 1986, 257; Hettinger GA 1990, 550; Hettinger FS Spendel, 1992, 237; Hettinger GA 2006, 289; Oğlakcioğlu, 50 Jahre Jauchegrubenfall – Alter Wein in noch älteren Schläuchen?, JR 2011, 103; s. auch NStZ 2016, 721 (722)).

Die **Rspr.** gelangt hier zur Bestrafung wegen **Vollendung**, da der Erfolg *mittelbar* durch die erste, vorsätzliche Handlung herbeigeführt werde und eine nur unerhebliche Abweichung des Kausalverlaufs vom **Vorsatz** des Täters gegeben sei (BGHSt 14, 193 (194)). Der BGH nimmt dies auch bei nur **bedingtem Vorsatz** an (BGHSt 14, 193 (194); vgl. auch BGHSt 7, 325 (329 f.) („*Bluttausch*“-Fall; direkter Vorsatz); anders, wenn die zweite Handlung, die den Erfolg erst herbeiführt, selbstständig und unabhängig von der ersten Bedingung gesetzt ist (OGHSt 2, 285); zur Abgrenzung vgl. auch BGH NStZ 1992, 277 (278)). In der **Literatur** wird die Zurechnung teilweise auf Fälle anfänglicher **direkten** Vorsatzes beschränkt (vgl. Roxin StrafR AT I 12/177), wohl überwiegend aber nur **Versuch** in Tateinheit (oder Tatmehrheit) mit Fahrlässigkeitstat angenommen (Maiwald ZStW 78, 30; Hettinger FS Spendel, 1992, 237 ff.; Hettinger GA 2006, 289 (294); Frisch, Tatbestandsmäßiges Verhalten u. Zurechnung des Erfolgs, 1988, S. 620 ff.).

**D. Irrtum. I. Unkenntnis von Tatbestandsmerkmalen (Abs. 1).** Die Unkenntnis eines in Wirklichkeit gegebenen Tatbestandsmerkmals schließt, wenn sie nicht iSv → Rn. 5 ff. unbeachtlich ist, den **Vorsatz** aus (**Tatbestandsirrtum**; **Abs. 1 S. 1**) und zwar auch dann, wenn der Irrtum verschuldet und vermeidbar ist (StV 1999, 369 L; krit. Hörnle ZStW 112, 356 ff.). Das gilt auch für **straferrhöhende Umstände**. Bei **fahrlässiger** Unkenntnis bleibt eine Bestrafung wegen fahrlässiger Erfolgsherbeiführung strafbar (**Abs. 1 S. 2**), wenn sie gesetzlich vorgesehen ist (§ 15). Die **Ursachen** für den Irrtum sind grds. unerheblich und können auch in krankheitsbedingten Fehlvorstellungen liegen (BGH StV 2025, 372 Rn. 9).

**II. Irrtümliche Annahme von Privilegierungen (Abs. 2).** Stellt sich der Täter irrig die Merkmale eines **milderen Tatbestands** vor, so greift Abs. 2 ein (dazu BGHSt 67, 138 (Anm. Kulhanek NStZ 2023, 220)). Die Vorschrift **figuriert** den Vorsatz des milderen Gesetzes (dessen Verwirklichung konstruktiv nur *versucht* wird) und verstößt nur dann nicht gegen Art. 103 Abs. 2 GG, wenn sie den Täter begünstigt. Die Ansicht, sie sei auf Konstellationen anwendbar, in denen der Täter Tatbestände mit ähnlichem Unrechtskern, aber unterschiedlich hohen Strafdrohungen verwicklicht (vgl. Mitsch ZStW 124 (2012), 323 (338)), hat der BGH verworfen (BGHSt 67, 138 Rn. 12). Die Verwendung des Wortes „nur“ weist danach darauf hin, dass sich die Regelung auf Fälle bezieht, in denen der Vorsatz alle Umstände des Tatbestands des schwereren Delikts erfüllen. Das ist gegeben, wenn es sich bei dem milderen Gesetz um die Privilegierung eines mit höherer Strafe

bedrohten Grunddelikts handelt (BGHSt 67, 138 Rn. 12; zB § 216 im Verhältnis zu § 212). Nicht anwendbar ist Abs. 2, wenn das privilegierende Merkmal nicht zu den Merkmalen des schwereren Delikts *hinzutritt*, sondern *an die Stelle* eines seiner Merkmale tritt (zB im Verhältnis von § 184c zu § 184b); in diesem Fall ist ein Fall des Abs. 1 gegeben (vgl. dazu Kulhanek NStZ 2023, 220 ff.). Milderes Gesetz iSv Abs. 2 ist daher allein eine **privilegierende lex specialis** (BGHSt 67, 138).

- 21 **III. Besonders schwere und minder schwere Fälle.** Nach dem Gesetzeswortlaut gilt das Gesagte zwar nur für Umstände, die zum gesetzlichen *Tatbestand* gehören, in einer Analogie zugunsten des Täters aber auch dann, wenn es sich lediglich um das Merkmal eines **Regelbeispiels** für einen besonders schweren Fall oder um unbenannte **minder schwere** oder **besonders schwere Fälle** handelt. Zum Irrtum über Tatbestands-Varianten vgl. Schroeder GA 1979, 321; Puppe GA 1990, 156; J. Fischer (→ Rn. 1a).
- 22 **IV. Umgekehrter Irrtum.** Der **umgekehrte Irrtum**, dh die irrige Annahme der Verwirklichung eines in Wirklichkeit nicht gegebenen Tatbestandsmerkmals, ist (untauglicher) **Versuch** und als solcher strafbar, wenn der Versuch der Tat strafbar ist (vgl. BGHSt 4, 254; 42, 268 (272) (Anm. Arzt JR 1997, 469; Kudlich NStZ 1997, 432)). Handelt jemand in Unkenntnis privilegierender Umstände, so greift das mildere Gesetz nur ein, wenn der Irrtum sich auf Unrechtsmerkmale bezieht (zB Diebstahl einer für wertvoll gehaltenen geringwertigen Sache), nicht jedoch, wenn die Privilegierung auf geminderter Schuld beruht.
- 23 **E. Subsumtionsirrtum.** Tatbestandsmerkmale braucht der Täter nur nach ihrem *Begriff*, nicht nach ihrer Bezeichnung im Gesetz zu kennen. Glaubt er irrig, ein Merkmal, das er seinem Wesen nach kennt, falle nicht unter die gesetzliche Begriffsbestimmung, so ist das ein **Subsumtionsirrtum**, der den Vorsatz nicht ausschließt (BGH VRS 65, 128; StV 2019, 42 Rn. 20), aber zu einem Verbotsirrtum (§ 17) führen kann (BGHSt 7, 265; 9, 341 (347); 13, 138; NStZ-RR 2019, 177 (179); OLG Bremen StV 1985, 283; KG NJW 1990, 783; vgl. Neumann JuS 1993, 797; Herzberg/Hartung JuS 1999, 1073 (1073 f.); vgl. dazu auch BGH NJW 2006, 522 (529) (in BGHSt 50, 331 insoweit nicht abgedr.; *Fall Mannesmann*, Anm. Rönnau NStZ 2006, 218 (221); Vogel/Hocke JZ 2006, 568 (571); Krause StV 2006, 307; Hanft JURA 2007, 58)). Ein Subsumtionsirrtum liegt **zB** vor, wenn ein Anwalt trotz Kenntnis aller maßgeblichen Umstände den Begriff „dieselbe Rechts-sache“ in § 356 irrig verneint (BGHSt 7, 17 (22); 9, 341 (347); vgl. aber BGHSt 15, 332 (338)); wenn ein Importeur die Einfuhr nur als Durchfuhr ansieht (NJW 1994, 61 (62) (mAnm Puppe NStZ 1993, 594); zum Vorsatz vgl. StV 2003, 281). Bei der Steuerhinterziehung durch Nicht- oder Falscherklären setzt der Vorsatz nicht voraus, dass der Täter sich Vorstellungen über die korrekte steuerrechtliche Einordnung des Sachverhalts macht, wenn er die Erklärungspflicht selbst erkennt (wistra 2019, 374 (375) („**Steueranspruchstheorie**“; Anm. Pflaum wistra 2019, 377)). Die Abgrenzung des bloßen Subsumtionsirrtums vom Irrtum über normative Tatbestandsmerkmale (→ Rn. 26) ist nicht immer unproblematisch, was sich etwa daran zeigt, dass der BGH die fehlerhafte Einschätzung des Täters von seiner Arbeitgebereigenschaft zunächst für einen Subsumtionsirrtum gehalten hat (BGH NStZ 2010, 337), nunmehr aber als Tatbestandsirrtum wertet (BGHSt 64, 195).
- 24 Im Fall des **umgekehrten Subsumtionsirrtums** (zB RA glaubt rechtsirrig, es handle sich um dieselbe Rechtssache iSv § 356) ist ein bloßes **Wahndelikt** gegeben (BGHSt 8, 263; 14, 345 (350); NStZ 1997, 431 (433); BeckRS 2017, 116054 Rn. 12; str.; differenzierend Engisch FS Heinitz, 1987, 185).
- 25 Ein **Doppelirrtum** durch **Kombination** von Tatbestandsirrtum (Täter des § 242 hält eine fremde Sache für eine eigene) und umgekehrtem Verbotsirrtum (Wahndelikt; Täter hält Wegnahme eigener Sachen für nach § 242 strafbar) führt zwar *iErg* scheinbar zur vorsätzlichen Verwirklichung des objektiv gegebenen Tatbestands; jedoch „passen“ die Teile nicht zusammen. Die Kombination zweier zur Straffreiheit führender Fehlannahmen kann nicht zur Vorsatzstrafbarkeit führen („**Mauswieselfälle**“; dazu Plaschke JURA 2001, 235; Gropp ZIS 2016, 601 ff.;

→ § 17 Rn. 18; → § 292 Rn. 15 f.; vgl. auch Fakhouri Gómez GA 2010, 259 (259 f.).

**F. Irrtum über normative Tatbestandsmerkmale.** Bei **normativen Tatbestandsmerkmalen** (→ Rn. 6) oder bei **Blankett-Tatbeständen** gehört zur Kenntnis des Sachverhalts und damit zum Vorsatz, dass der Täter ein Merkmal in seiner *sozialen Sinnbedeutung* kennt und daher zwar vielleicht nicht rechtlich genau, aber in der Laiensphäre parallel richtig wertet (BGHSt 3, 248; 4, 347; NStZ 2020, 682; vgl. Arth. Kaufmann, Die Parallelwertung in der Laiensphäre, 1982; Arth. Kaufmann FS Lackner, 1987, 190; Otto GS Meyer, 1990, 587; Gropp FS Weber, 2004, 127 (134 ff.); aA Kindhäuser GA 1990, 417; Herzberg JZ 1993, 1018; J. Schulz FS Bemmman, 1997, 245; Otto FS Roxin, 2001, 483 (494 ff.); Papathanasiou FS Roxin, 2011, 467 ff.; zur Abgrenzung vgl. Bülte NStZ 2013, 65 ff.; Kuhlen 1987 (→ Rn. 1a)). Als „Tendenz“ kann angenommen werden, dass bei Blankett-Tatbeständen eher Verbotsirrtümer, bei normativen Tatbestandsmerkmalen eher Tatbestandsirrtümer angenommen werden (Kudlich/Wittig ZWH 2013, 253 (255)). Bei Blankettstrafgesetzen beschränkt sich der notwendige Vorsatz grds. auf die Kenntnis der Umstände, die zu dem aus Blankett und blankettausfüllender Norm „zusammengeleseenen“ Gesamtatbestand gehören (ansonsten Tatbestandsirrtum), während ein Irrtum über Bestehen, Gültigkeit, Anwendbarkeit, Inhalt und Reichweite der blankettausfüllenden Norm ggf. einen Verbotsirrtum darstellt (BGH NStZ 2020, 6892 Rn. 6, auch zum strafbewehrten Verstoß gegen Verwaltungsakte, deren Existenz vom Vorsatz umfasst sein muss).

Ein **Irrtum über normative Tatbestandsmerkmale** schließt den Vorsatz aus, ein **umgekehrter Irrtum** führt zum strafbaren untauglichen Versuch (BGH NStZ 2008, 214). Dies gilt **zB** für Begriffe wie „fremd“ in § 242 (BGHSt 3, 110 (123)) und „Beschlagnahme“ in § 136 (BGHSt 2, 194 (197)); ebenso für die Rechtswidrigkeit des Vermögensvorteils in §§ 253, 263 (BGHSt 4, 105; NStZ 2017, 465 (467)). Den Begriff der „**Urkunde**“ hat der BGH nicht als normatives Tatbestandsmerkmal angesehen und bei einem Irrtum ein Wandeldelikt angenommen (BGHSt 13, 235; anders noch BGHSt 7, 53). Die **Zuständigkeit** in §§ 154, 156 ist ein Tatbestandsmerkmal (BGHSt 3, 248 (253)).

Nach hM ist auch der **Steueranspruch** iSv § 70 AO normatives Tatbestandsmerkmal (vgl. BGHSt 5, 90; wistra 1989, 263; NZWiSt 2019, 261 mAnm Gehm; NStZ 2021, 297 mAnm Linke NZWiSt 2021, 185; vgl. auch BGHSt 37, 266 (281); NStZ 2012, 160; krit. Weidemann wistra 2006, 132; Weidemann FS Herzberg, 2008, 299 (303 ff.)). Der Vorsatz der Steuerhinterziehung setzt voraus, dass der Täter den Steueranspruch dem Grunde und der Höhe nach kennt oder zumindest für möglich hält. Für den Eventualvorsatz ist eine sichere Kenntnis des Steueranspruchs nicht erforderlich (BGH NStZ 2012, 160 Rn. 21 (Anm. Adick ZWH 2012, 155); NZWiSt 2019, 261 (263)).

Muss der Täter, um eine zutreffende Vorstellung vom sozialen Bedeutungsgehalt seines Handelns zu haben, eine dem Merkmal innewohnende **rechtliche Wertung** mitvollzogen haben, so handelt er, wenn dies nicht der Fall ist, grds. im **Tatbestandsirrtum** und nicht nur im Rechtsirrtum (vgl. etwa BGHSt 5, 90 (92); NJW 1980, 1005 (1006); wistra 1986, 174; 1989, 263 (Bestehen einer Steuerschuld; vgl. dazu Maiwald, Unrechtskenntnis u. Vorsatz im Steuerstrafrecht, 1984); Bay-ObLGSt 1992, 11 (14); NJW 1997, 1319 (1320); OLG Braunschweig NStZ-RR 1998, 175 (Anm. Brede NStZ 1999, 137); BGH NStZ 1993, 594; NStZ-RR 2003, 55 (56) (differenzierend zur Genehmigungserfordernissen; zum Irrtum über das Vorliegen einer Erlaubnispflicht; dazu Otto FS Roxin, 2001, 483 (491 ff.)); vgl. auch → § 17 Rn. 11). Die **Rechtswidrigkeit der Bereicherung** (§§ 253, 263) oder der Zueignung (§§ 242, 249) ist Tatbestandsmerkmal; die irrtümliche Annahme des Täters, es bestehe eine fälliger, von der Rechtsordnung anerkannter Anspruch auf die Leistung, lässt daher den Vorsatz entfallen (vgl. BGHSt 48, 322 (Anm. Kühl NStZ 2004, 387); wistra 2003, 383 („Selbsthilfebetrug“); NStZ-RR 2004, 45; NStZ 2017, 465; 2024, 169; → § 253 Rn. 40).

- 30 Beim Irrtum über das Bestehen des Erfordernisses einer **Genehmigung** oder **Erlaubnis** unterscheidet die Rspr. grds. danach, ob das Tatunrecht sich *allein* aus dem Fehlen einer Genehmigung ergibt (= **präventive Verbote** mit Erlaubnisvorbehalt; **zB** Fahrerlaubnis) – in diesem Fall liegt ein **Tatbestandsirrtum** nahe (vgl. OLG Celle NJW 2004, 3790 (Erlaubnis nach RBerG); OLG Frankfurt a.M. NStZ-RR 2006, 353 (Erlaubnis nach WaffG)) – oder ob ein grundsätzlich wertwidriges Verhalten im Einzelfall erlaubt wird (= **repressive Verbote** mit Erlaubnisvorbehalt); dies spricht für einen **Verbotsirrtum** (vgl. BGH NStZ 1993, 594 (595); NStZ-RR 2003, 55 (56); NStZ 2007, 644 (§ 34 Abs. 4 AWG aF; Embargo-verstoß); kritisch zu der generellen Einteilung NJW 2018, 3467 Rn. 10; → § 17 Rn. 11a; zu Fällen des „*doppelten Irrtums*“ vgl. Puppe GA 1990, 156; krit. Fakhouri Gómez GA 2010, 259 (263 ff.)). Daher führt **zB** die irrige Annahme, die Anordnung eines Fahrverbots sei (noch) nicht *rechtskräftig*, zum Vorsatzausschluss hinsichtlich § 21 Abs. 1 StVG, wenn dem Täter nicht alle zur Rechtskraft der Entscheidung führenden Tatsachen bekannt sind (BayObLG NStZ-RR 2000, 122); wird nur die *Rechtswirkung* der bekannten Tatsachen verkannt, so dürfte ein Verbotsirrtum vorliegen (offen gelassen von BayObLG NStZ-RR 2000, 122). Entgegen OLG Oldenburg wistra 2014, 114 hat NJW 2018, 3467 entschieden, dass ein Irrtum über die Genehmigungspflichtigkeit von Bankgeschäften (§ 54 Abs. 1 Nr. 2 KWG) nicht § 16 Abs. 1, sondern § 17 unterfällt (zust. Lenk ZWH 2020, 131). Unkenntnis des Inhalts oder der Reichweite einer Ausfüllungsnorm des **Blankett-Tatbestands** § 34 Abs. 4 AWG aF begründet keinen Tatbestands-, sondern einen Verbotsirrtum (BGH wistra 2013, 153). Für die **Arbeitgebereigenschaft** iSv § 266a nimmt die Rspr. nunmehr in Abkehr von früheren Entscheidungen (etwa NStZ 2010, 337) allgemein einen Tatbestandsirrtum an (BGHSt 64, 195; zust. etwa Brand NJW 2019, 3535; kritisch Ceffinato wistra 2020, 230).
- 31 Für das Merkmal der **Pflichtwidrigkeit** einer Treubruchshandlung iSv § 266 Abs. 1 hat NJW 2006, 522 (531) (*Fall Mannesmann/Vodafone* (insoweit in BGHSt 50, 331 nicht abgedr.); Anm. Rönnau NStZ 2006, 218 (221); Vogel/Hocke JZ 2006, 568 (571); Krause StV 2006, 307) darauf hingewiesen, die Abgrenzung von Tatbestands- und Verbotsirrtum könne sich nicht auf „einfache Formeln“ stützen; vielmehr seien hier – nicht näher ausgeführte – „wertende Kriterien und differenzierte Beurteilungen“ erforderlich (vgl. → § 266 Rn. 171; krit. dazu Lüderssen FS Richter II, 2006, 373 ff.). Der Irrtum über die tatsächlichen Voraussetzungen der – iSv § 266 Abs. 1 verletzten – Rechenschaftspflicht gem. § 23 Abs. 4 PartG 1994 war nach BGHSt 51, 100 (119) (*Fall Kanther/Weyrauch*; Bespr. Bernsmann GA 2007, 219; Ransiek NJW 2007, 172; Saliger NStZ 2007, 545) Tatbestandsirrtum.
- 32 **G. Irrtum über Rechtfertigungsgründe. I. Irrige Annahme eines Rechtfertigungsgrunds.** Bei irriger Annahme eines Rechtfertigungsgrunds unterschied das **RG** zwischen Tatsachen- und außerstrafrechtlichem Rechtsirrtum einerseits und Strafrechtsirrtum andererseits. So sollte der Irrtum über das *Bestehen* eines außerhalb des StGB geregelten Rechtfertigungsgrundes unbeachtlich (RGSt 61, 258), derjenige über die *Grenzen* eines solchen beachtlich sein. Die Lehre von den **negativen Tatbestandsmerkmalen** (vgl. Lang-Hinrichsen JR 1952, 307; 1952, 356; JZ 1952, 362; Arth. Kaufmann JZ 1954, 653; ZStW 76, 543; Roxin, Offene Tatbestände und Rechtspflichtmerkmale, 1959) versteht die Rechtfertigungsumstände als („negative“) Merkmale eines Gesamt-Tatbestands (→ Vor § 13 Rn. 46). Das verkennt aber wohl die verschiedenartige Funktion von Tatbestand als Typisierung des Unrechts und Rechtfertigungsgrund als Wegfall der Rechtswidrigkeit in einer Ausnahmesituation (vgl. zu diesem Argument Streng FS Otto, 2007, 469 (477 f.)) und ist daher mit dem Gesetz (vgl. §§ 32, 34, 228, 142 Abs. 2 Nr. 2) kaum vereinbar. Eine „**objektive Rechtfertigungstheorie**“ (LK-StGB/Spendl, 11. Aufl., § 32 Rn. 138 ff.), die das Erfordernis eines subjektiven Rechtfertigungselements ganz ablehnte, wird heute nicht mehr vertreten (vgl. aber Gropp FS Kühl, 2014, 247 ff.).

Nach der **Vorsatztheorie** fehlt dem Täter mit dem Unrechtsbewusstsein auch der *Vorsatz*, wenn er (1) irrig einen nicht bestehenden Rechtfertigungsgrund annimmt oder (2) die Grenzen eines anerkannten Rechtfertigungsgrunds zu weit zieht oder (3) irrig das Vorliegen der tatsächlichen Voraussetzungen eines anerkannten Rechtfertigungsgrunds annimmt; damit entfällt bei fehlendem Unrechtsvorsatz des Haupttäters auch die Strafbarkeit von *Teilnehmern*. Mit der ausdrücklichen Zuordnung des Verbotsirrtums zum Bereich der *Schuld* durch § 17 ist diese Lehre nicht vereinbar (vgl. OLG Bamberg StraFo 2016, 116 mwN; s. auch BGHSt 2, 194 (205)).

Nach der **Schuldtheorie** ist in den beiden ersten Fällen nur *Verbotsirrtum* 34 gegeben; der dritte Fall ist str.:

Nach der **strengen Schuldtheorie** (Arm. Kaufmann JZ 1955, 37; Hirsch, Die 35 Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen, 1960, S. 331 (336); Hirsch ZStW 94 (1982), 239 (265); Gössel FS Triffterer, 1996, 93 (96 ff.); Heuchemer (→ Rn. 1a)) ist stets **Verbotsirrtum** anzunehmen. Das führt bei (zumeist) vermeidbarem Irrtum (§ 17 Abs. 2) zur Bestrafung wegen vollendeten Vorsatzdelikts.

Die **eingeschränkte Schuldtheorie** (zur Terminologie Schuster (→ Rn. 1a) 36 S. 57 ff.; zu überwiegend terminologisch unterschiedlichen Varianten Grünwald GS Noll, 1984, 183 (186); Hirsch FS Schroeder, 2006, 223 ff.; Schünemann/Greco GA 2006, 777), der auch die **Rspr.** folgt, unterscheidet zwischen **Tatsachenirrtum (Erlaubnistatbestandsirrtum)** und **Verbotsirrtum** (vgl. etwa BGHSt 3, 105; 194; 271; 31, 264 (286 f.); 45, 378 (384)); nur im ersteren Fall entfällt der Vorsatz (BGHSt 2, 234 (236); 3, 7 (12); 3, 105 (107); 194 (196); 357 (367); 17, 87 (91); 31, 264 (286); 35, 347 (350); 45, 378 (384); NSStZ 2001, 530; 2002, 143 (144); 2016, 333 (334); 2023, 407; krit. Herdegen FS 50 Jahre BGH, 2000, 206). Das gilt grds. auch dann, wenn die Fehlvorstellung krankheitsbedingt ist (BGH BeckRS 2024, 36263 Rn. 9 f. zu akuter Psychose). Eine analoge Anwendung von § 16 führt iÜ mangels **vorsätzlicher Haupttat** zur Straflosigkeit auch bösgläubiger Teilnehmer (vgl. → § 27 Rn. 25).

Ob **irrationale Vorstellungen** über das Gegebenseins der tatsächlichen Voraussetzungen eines RFG diese Rechtsfolge auslösen können, ist str. BGHSt 35, 346 („*Katzenkönig-Fall*“) ist (nur) deshalb zu einem (vermeidbaren) Verbotsirrtum gelangt, weil die vom Täter irrträglich angenommene Lage (der „*Katzenkönig*“ verlange die Ermordung eines Menschen, andernfalls werde er die ganze Menschheit vernichten) wegen mangelnder Quantifizierbarkeit des Rechtsguts nicht abwägungsfähig iSv § 34 gewesen sei. Hieraus kann geschlossen werden, dass der BGH jedenfalls die **Möglichkeit** eines auf Aberglauben gestützten Rechtfertigungsstatbestandsirrtums bejaht (vgl. auch Kudlich JZ 2004, 72; Roxin Strafr AT I § 14 Rn. 52, Fn. 69). Die **Gegenansicht** (Herzberg JURA 1990, 16; Schumann NSStZ 1999, 32; Kretschmer JR 2004, 444) leitet aus der Straflosigkeit des „abergläubischen Versuchs“ (vgl. → § 23 Rn. 9) eine „umgekehrte“ Strafbarkeit des abergläubischen Rechtfertigungsirrtums ab. Das lässt sich aus § 16 Abs. 1 aber nicht ableiten (wie hier Roxin Strafr AT I § 14 Rn. 52).

Dagegen bleibt in der Variante der sog. **rechtsfolgenverweisenden Schuldtheorie** (vgl. Jescheck/Weigend Strafr § 41 IV 1d; krit. Schünemann/Greco GA 2007, 777 (778 f.)) beim Irrtum über den Erlaubnistatbestand eines Rechtfertigungsgrunds (Erlaubnistatbestandsirrtum), der auch normative Merkmale umfassen kann, der Vorsatz als *Tatbestands-Vorsatz* unberührt; der Vorsatz als *Schuldform* ist aber ausgeschlossen (NK-StGB/Puppe Rn. 133; Frisch (→ Rn. 1a) S. 249 ff.; Streng FS Otto, 2007, 469 (479 f.)), so dass im Fall der **Vorwerfbarkeit** des Irrtums nur Bestrafung wegen **Fahrlässigkeit** möglich ist (vgl. auch NSStZ 2012, 272; „*Hell's Angel-Fall*“; Anm. Engländer NSStZ 2012, 274; Erb JR 2012, 207; Erb FS Rengier, 2018, 15 ff.; Mandla StV 2012, 334 (336); Rotsch ZJS 2012, 109; Voigt/Hoffmann-Holland NSStZ 2012, 382; NJW 2014, 1121). Diese Lösung führt dazu, dass der Versuch der Tat und die **Teilnahme** eines nicht irrenden Beteiligten strafbar bleiben (abl. Roxin Strafr I AT 14/73 ff., 78 (and. wohl Täterschaft 554); Schmidhäuser JZ 1979, 366; Schmidhäuser FS Lackner, 1987, 84; Grünwald GS

Noll, 1984, 183 (195); Schünemann FS R. Schmitt, 1992, 132; Schünemann GA 1985, 350).

- 39 **II. Umgekehrter Irrtum.** Beim umgekehrten Irrtum, dh in Fällen, in denen die objektiven Umstände eines Rechtfertigungsgrundes gegeben sind, der Täter sie aber nicht kennt oder positiv annimmt, dass sie fehlen, verwirklicht der Täter das typische Unrecht des **Versuchs**; eine Bestrafung wegen Vollendung scheidet aus, „denn das Ergebnis kann vor dem Gesetz bestehen“ (so die **hM**; BGHSt 38, 144 (155 f.); offen gelassen in BGH NStZ 2016, 333; vgl. auch Hoven GA 2016, 16; Kemper ZfStW 2024, 64; eingeschränkt Gropp FS Kühl, 2014, 247 ff., zum „Nudelholzfall“ *Spendels* (Frau schlägt Einbrecher mit Nudelholz in der irrigen Annahme, es handle sich um ihren Ehemann) unter dem Gesichtspunkt der **personalen Unrechtslehre**; vgl. auch → § 32 Rn. 27). Nach **hM** kommen die Versuchsregeln zumindest entsprechend zur Anwendung. Teile der Literatur nehmen mit der früheren Rspr. **Vollendung** der Tat an (BGHSt 2, 111 (114 f.); NK-StGB/Paeffgen/Zabel Vor § 32 Rn. 128; Gössel FS Triffiterer, 1996, 93 (99)). Dem widerspricht freilich, dass es der Tat am *Erfolgs*unrecht fehlt. Eine **Sonderregelung** enthält § 22 Abs. 1 S. 2 WStG (Anh. 15; dazu zu BT-Drs. II/3295, 7).
- 40 **III. Zweifel.** Für Fälle des Zweifels über das Vorliegen rechtfertigender Umstände gehen die vorgeschlagenen Lösungen auseinander (vgl. dazu Rath (→ Rn. 1a) S. 153 ff.; Reip (→ Rn. 1a) S. 133 ff.; Warda FS Lange, 1976, 119 ff.; Schroth FS Kaufmann, 1993, 604 ff.; Roxin StrafrAT I 14/87 ff.; Jakobs StrafrAT 11/28 f.; Frister FS Rudolphi, 2004, 45 ff.; Schüler (→ Rn. 1a)). Der **BGH** hat in VRS 40, 104 (BGH BeckRS 1970, 31168771) eine den Vorsatz ausschließende Putativnotwehr für den Fall angenommen, dass der Täter es für *möglich* hält, angegriffen zu sein (krit. Roxin StrafrAT I § 14 Rn. 90). Nach in der **Literatur** verbreiteter Ansicht ist wegen vorsätzlichen Delikts zu bestrafen, wenn bei Ungewissheit über die Rechtfertigungslage der Täter die Möglichkeit in Kauf nimmt, dass ein Rechtfertigungsgrund nicht vorliegt. Nach **aA** ist zwischen dem Zweifel über das Vorliegen der Voraussetzungen von Notwehr oder Defensivnotstand einerseits (in diesem Fall grds. Bestrafung wegen bedingt vorsätzlichen Handelns; ggf. Entschuldigung möglich) und Zweifeln über das Vorliegen eines auf Interessenabwägung beruhenden Rechtfertigungsgrunds andererseits (Aggressivnotstand) zu **unterscheiden** (in diesem Fall Erlaubnistatbestandsirrtum möglich; vgl. zB Roxin StrafrAT I § 14 Rn. 88 ff.; Jakobs StrafrAT 11/28 f.; krit. Frister FS Rudolphi, 2004, 45 (48 f.)). Teilweise wird eine von dieser Unterscheidung gelöste Abwägung vorgeschlagen, welche den durch die Fehlentscheidung jeweils verursachten materiellen Unwert miteinander vergleicht (Frister FS Rudolphi, 2004, 45 (52 ff.)); dabei ist der dem Rechtfertigungsgrund zugrunde liegende Abwägungsmaßstab zu berücksichtigen. Das kommt iErg der vorgenannten differenzierenden Lösung nahe.
- 41 **H. Irrtum über Schuldaußschließungsgründe.** Beim Irrtum über Merkmale von Schuldaußschließungsgründen sind nur solche Gründe von Bedeutung, deren Umstände der Täter irrig annehmen kann, so dass zB die Fälle des § 33 und des Verbotsirrtums ausscheiden, der selbst schon einen Irrtumssachverhalt darstellt. Auch die Schuldfähigkeit scheidet aus. Der Irrtum über eine entschuldigende Notstandslage ist ausdrücklich in § 35 Abs. 2 geregelt.
- 41a In Betracht kommen noch § 5 Abs. 1 WStG und ähnliche Fälle des Nebenrechts (§ 7 Abs. 2 UZwG; § 30 Abs. 3 ZDG). Zwar enthält § 5 Abs. 1 WStG insoweit eine eigene Irrtumsregelung, als der Untergebene die Natur der von ihm auf Befehl begangenen Handlung verkennt (vgl. BGHSt 53, 145 (Anm. Dau NStZ 2009, 292); BGH BeckRS 2009, 4809 Rn. 62 ff. (Misshandlung von Rekruten)). Es fehlt aber eine Regelung für den Fall, dass der Untergebene irrtümlich das Vorliegen eines Befehls annimmt, obwohl es daran fehlt. In diesen Fällen kommt in Betracht, ebenso wie beim Irrtum über Rechtfertigungsmerkmale anzunehmen, dass zwar Tatbestandsvorsatz gegeben ist, aber Bestrafung (nur wegen Fahrlässigkeitsschuld) lediglich bei vorwerfbarem Irrtum in Betracht kommt. Dagegen soll nach Rspr. des